

Kriminelle Jugendliche wegsperren!?

Über den konservativen Feldzug gegen die Geister, die man rief.

Mit Beginn der Weihnachtszeit führt die CDU einen Feldzug gegen randalierende Jugendliche, vornehmlich mit Migrationshintergrund. Nicht nur Wolfgang Schäuble, sondern auch andere Law-and-Order-Kämpfer beschwören die angeschlagene Innere Sicherheit und machen mit ihr mobil gegen Jugendliche und gegen „Kuschelmultikulti“. Der Tenor ihrer Forderungen ist bekannt: Jugendliche härter bestrafen, Ausländer, die kriminell geworden sind, abschieben und die Einrichtung von Erziehungslagern.

Das die Kriminalität im Allgemeinen, die der Jugendlichen aber im Besonderen, seit Jahren rückläufig ist, bleibt bewusst unerwähnt. Statt einer sachlichen Debatte über Ursachen und Hintergründe von Gewalt und Kriminalität werden Konservative aller Couleur nicht müde dies zu verschleiern und über zu lasche, ja scheinbar geradezu lächerliche, Strafmaße zu schwadronieren. Laut Studien des Bundes der Kriminologen sind aber vor allem diejenigen Jugendlichen mit einem Risiko der Gewaltanwendung behaftet, die sozial ausgegrenzt sind, resp. über nur geringwertige oder gar keine Schulabschlüsse verfügen. Die aktuelle Debatte um das Jugendstrafrecht geht also einmal mehr am Kern des Problems vorbei.

Während also Schäuble und seine Gesinnungsgenossen, Jugendliche schon präventiv ins Gefängnis schicken wollen, wo sie dann ihre zweifelhaften „Gewerke“ erst richtig erlernen und sich die Probleme unter immensem Druck potenzieren, sollte man doch über besser über die klaffenden Lücken im Bildungssystem reden.

Allem Anschein nach glauben Schäuble, Koch und Co., dass Jugendliche im Knast bessere Menschen werden als in der Schule. Vielleicht ist dies auch Kalkül. Ergebnis einer kleinen Anfrage im Thüringer Landtag ist, dass gerade soziale Maßnahmen für junge Straftäter kontinuierlich heruntergefahren werden. Täter-Opfer-Ausgleich oder Soziale Trainingskurse werden kaum noch durch Jugendrichtern verhängt. Auch der offene Vollzug wird in Thüringen nur sporadisch angewandt. Bei über 300 jugendlichen Gefangenen in Thüringen gibt es nur 6 Plätze im offenen Vollzug. Seit dem 1.1.2008 gilt in Thüringen das neue Jugendstrafvollzugsgesetz, welches den Vollzug an sich regelt. Auch dieser ist geprägt von Sanktionen, Gehorsam und Disziplinierung. Von Sozialen Angeboten, Bildungsmöglichkeiten und erwiesenermaßen erfolgreichen Angeboten der Jugendhilfe, wird nur selten Gebrauch gemacht. Statt einen offenen Vollzug, wie ihn Baden Württemberg erprobt und seit längerem auch in die reguläre Praxis überführt hat, wird dieser in Thüringen nur als Belohnung für gehorsame Gefangene angewandt. Zum Erziehungscamp, nach US-amerikanischem Vorbild, ist es da nicht mehr weit. Bis zum Jugendwerkhof allerdings auch nicht.

Das die Debatte über Kinderarmut, die Bildungsmisere und Ungerechtigkeit so wirkungslos in der politischen Öffentlichkeit verhallt ist ein Armutszeugnis. Gerade deshalb, weil die Law-and-Order-Kämpfer diese Aspekte des Problems so gern als nichtig erklären und bewusst verleugnen, muss die Linke die soziale Frage immer wieder nach vorn stellen. Wer die Verteilung von Reichtum nach oben so konsequent fördert, wer die Mittel für die Jugendarbeit so drastisch streicht, wer die Perspektivlosigkeit und Abwanderung tausender junger Menschen befördert, der braucht keine Krokodilstränen über eine aus den Fugen geratene Gesellschaft und kriminelle Jugendliche zu vergießen.